



Jetzt reden wir!

Perspektiven und
Interessen älterer
Zuwanderinnen und
Zuwanderer im
bürgerschaftlichen
Engagement



**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG

Forum Politik
und Gesellschaft

Impressum

ISBN 978-3-86872-663-3

Herausgeberin

Friedrich-Ebert-Stiftung
Forum Politik und Gesellschaft
Leitung: Bettina Luise Rürup
Hiroshimastraße 17
10785 Berlin

Autorin

Gundula A. Miethke, Corporate Publishing

Redaktion

Dr. Beyhan Şentürk, Friedrich-Ebert-Stiftung

Redaktionelle Betreuung

Inge Voß, Friedrich-Ebert-Stiftung

Fotos

Ursula Kelm

Gestaltung

Meintrup, Grafik-Design

© Friedrich-Ebert-Stiftung,
Forum Politik und Gesellschaft

2011

Inhalt

- 03 **Vorwort**
Dr. Beyhan Şentürk
- 05 **Eröffnungspodium**
Rolle und Bedeutung von Migrant/innen-Selbstinitiativen – früher und heute
Ülker Radziwill, MdA
Barbara John, Paritätischer Wohlfahrtsverband
- Impulse aus dem Kreis der Teilnehmer/innen
- 11 **Podium engagierter Zuwanderinnen und Zuwanderer**
„Wie wir uns engagieren ...“
María Antonia Gonzáles Cabezas, Interkulturelles Frauenzentrum S.U.S.I.
Marta Ladwig, Seniorenvertretung Friedrichshain-Kreuzberg
Genrietta Liakhovitskaia, Seniorenvertretung Mitte
Hamzeh Moudallal, Jordanische Gemeinde e. V. Berlin-Brandenburg
Jasenka Villbrandt, MdA
Ingo Siebert, August-Bebel-Institut
- Impulse aus dem Kreis der Teilnehmer/innen
- 21 **Ergebnisse aus den Kleingruppen der Gesprächsinseln**
- 25 **Abschluss-Podium**
Günter Piening, Beauftragter des Berliner Senats für Integration und Migration
Ute Kumpf, MdB
Susanne Huth, INBAS-Sozialforschung, Sprecherin der AG Migration/Integration des BBE
- Impulse aus dem Kreis der Teilnehmer/innen

Vorwort

helfen wo es notwendig ist

Miteinander
Miteinander

• gesammelte Erfahrungen weitergeben, um anderen zu helfen

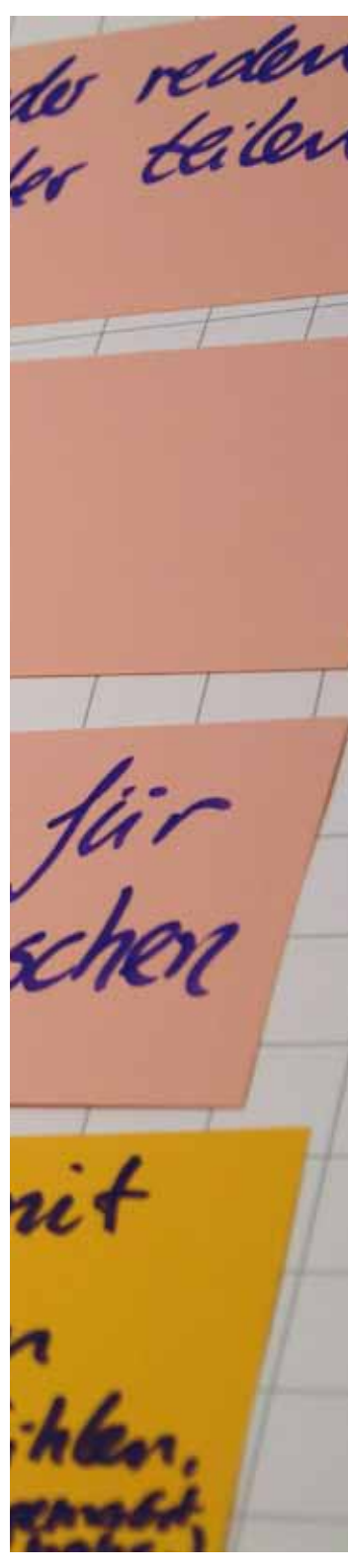
Dialog

3

meine Energie
anderen teilen

Zeit haben
seine Mitmenschen

Empathie
den Mitmenschen
Gleich kann mich ewig
weil ich ähnliche Erf.

The image shows a vertical strip of three sticky notes on the left side of the page. The top note is orange and has the handwritten text 'der reden' and 'er teilen' in blue ink. The middle note is also orange and has the handwritten text 'für' and 'schen' in blue ink. The bottom note is yellow and has the handwritten text 'rit' and 'hken,' in black ink. The background of the page is a light gray grid pattern.

Herr Krishnamurthy ist 58 Jahre alt und engagiert sich ehrenamtlich im Hindu-Tempel – ist es bürgerschaftliches Engagement, wenn ältere Migrantinnen und Migranten freiwillig in religiösen Einrichtungen ihres Herkunftslandes aktiv sind? Gilt Nachbarschaftshilfe als muslimische Nächstenliebe oder handelt es sich auch um eine Form der gesellschaftlichen Teilhabe? So lauteten zwei der zahlreichen Fragen, die während der Konferenz „Jetzt reden wir! Perspektiven und Interessen älterer Zuwanderinnen und Zuwanderer im bürgerschaftlichen Engagement“ diskutiert wurden. Im Frühjahr 2010 haben die Friedrich-Ebert-Stiftung und das Kompetenz-Zentrum Interkulturelle Öffnung der Altenhilfe die Konferenz gemeinsam in Berlin durchgeführt.

In Öffentlichkeit und Fachkreisen wird angenommen, dass Seniorinnen und Senioren mit Zuwanderungsgeschichte sich unterdurchschnittlich ehrenamtlich einbringen. Dies wird in der öffentlichen Debatte problematisiert, da die Politik das bürgerschaftliche Engagement von Zuwanderinnen und Zuwanderern als eine Möglichkeit zur Intergrationsförderung postuliert. Auch nach der Konferenz bleibt eine Frage unbeantwortet: Bringen sich ältere Migrantinnen und Migranten tatsächlich weniger ein – beispielsweise mangels Interesse an gesellschaftlicher Teilhabe? Oder wird ihr Engagement nicht wahrgenommen, weil diese Zielgruppe ein anderes Verständnis vom Ehrenamt hat und sich entsprechend anders öffentlich darstellt? Eines der Hauptziele der Veranstaltung war es, Seniorinnen und Senioren mit Zuwanderungsgeschichte am Diskurs zu beteiligen: Alle Programmpunkte und Panels wurden durch ältere Migrantinnen und Migranten mitgestaltet. Auf diese Weise wurde zur Sichtbarmachung ihres Engagements beigetragen.

Überrascht wurden die Organisatorinnen durch die hohe Anmeldezahl. Auch die rege Beteiligung und die kontrovers geführten Diskussionen während der Konferenz sind Indizien für eine hochaktuelle Debatte, die noch lange nicht zuende ist. Mit dieser Dokumentation werden die zentralen Ergebnisse gebündelt und dokumentiert.

**Rolle und Bedeutung von
Migrant/innen-Selbstinitiativen
– früher und heute**

5






Ülker Radziwill, MdB, sozialpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses:

Migrant/innen-Selbstinitiativen spielen laut Ülker Radziwill in unserer Gesellschaft eine wichtige Rolle. Wenn Zuwanderinnen und Zuwanderer sich gegenseitig unterstützen und in der Lage sind, Hilfe für ein sie betreffendes Problem zu organisieren, können sie sich schneller integrieren. Das zeige auch die Entwicklung dieser Selbsthilfeorganisationen. Vielfach seien daraus kleine Vereine und schließlich Dachorganisationen entstanden – ganz nach dem Vorbild der deutschen Vereinslandschaft. Die Betätigungs- und Beratungsangebote der Vereine spiegeln die Herausforderungen wider, denen sich die erste Migrantengeneration in den unterschiedlichen Phasen ihres Lebens stellen musste, so die Politikerin.

Ein anschauliches Beispiel für den Nutzen solcher Selbstinitiativen seien Nachbarschaftszentren, die von ihr selbst mitinitiiert wurden. Hier können sich ältere Migrantinnen und Migranten engagieren und sich weiterbilden. Es bestehe großes Interesse daran, Deutsch zu lernen und mehr über Kindererziehung und Gesundheit zu erfahren. Und das Gelernte werde sogar weiter in die Familien getragen, um Kinder und Enkel zu unterstützen. Natürlich dienen die Zentren auch dem Gedankenaustausch, erklärte Ülker Radziwill.

Ältere Zuwanderinnen und Zuwanderer haben ganz spezifische Probleme zu bewältigen. Sie seien in besonderem Maße von Altersarmut betroffen, da sie durch die harte körperliche Arbeit meist in Frührente gehen mussten. Außerdem leiden sie häufig unter Depressionen und nicht verarbeiteten Migrationserfahrungen, so der Podiumsgast. Diese Faktoren haben Einfluss darauf, in welcher Form sie sich engagieren können.

Das größte Problem hinsichtlich des Engagements von Migrantinnen und Migranten stellt laut Ülker Radziwill jedoch ihr Pendeln zwischen Deutschland und ihrem Geburtsland dar. Die Mehrheit von ihnen verbringt mehrere Monate am Stück in der alten Heimat. Dadurch entstehen Brüche in der Kontinuität ihres Engagements. Damit die Zuwanderinnen und Zuwanderer ihr Potenzial dennoch weiter effektiv in



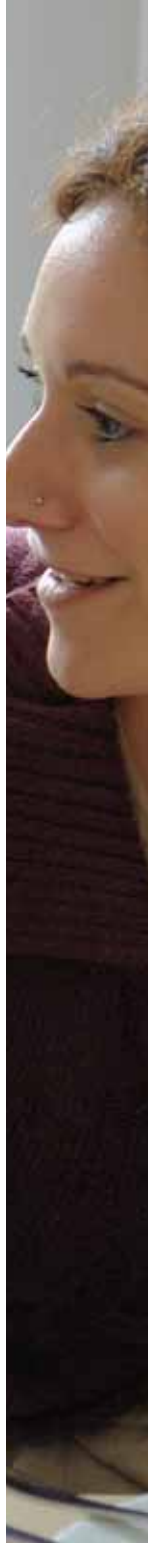
die deutsche Gesellschaft einbringen können, müssen neue Konzepte und Einrichtungen für bürgerliches Engagement entwickelt werden, fordert Ülker Radziwill.


In diesem Zusammenhang plädiert die Sozialdemokratin dafür, die Sechs-Monats-Regelung abzuschaffen, um älteren Migrantinnen und Migranten einen längeren Aufenthalt in ihrer Heimat zu ermöglichen. Außerdem sollte ihr Mitbestimmungsrecht auf kommunaler Ebene weiter ausgebaut werden und sie sollten die Möglichkeit erhalten, die doppelte Staatsbürgerschaft zu beantragen. Auf diese Weise ließe sich laut Ülker Radziwill ihre Lebensleistung würdigen und ihr Engagement zusätzlich fördern. Das gleiche gilt für den Bereich Seniorenvertretung. Auch hier sollten Zuwanderinnen und Zuwanderer stärker eingebunden werden. Und hier nimmt die Gesellschaft ihre Arbeit sogar stärker wahr.

Ülker Radziwill betont, wie wichtig es heute sei die verschiedenen Migrantengruppen nicht getrennt zu betrachten, sondern ihr Miteinander zu fördern. Denn oft haben beispielsweise ältere russischsprachige Menschen ganz ähnliche Bedürfnisse und Probleme wie ältere türkischsprachige Menschen. Ein Austausch könnte zu mehr Gemeinsamkeit zwischen den Gruppen führen.

Barbara John, Vorsitzende des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Berlin:

Barbara John erinnert sich: „Meine erste Begegnung mit dem Selbsthilfgedanken von Migrantinnen und Migranten fand durch eine Selbsthilfegruppe in Neukölln statt.“ Zentrales Thema sei jedoch, ob für ältere türkische Zuwanderer ein separates Pflegeheim eingerichtet werden solle, wo sie unter Landsleuten bleiben könnten, oder ob sie lieber in ein deutsches Heim untergebracht werden wollen. Die Mehrzahl entschied sich für eine deutsche Einrichtung. Schließlich hätten sie sich nicht erst jahrelang in die Gesellschaft integriert, um im Alter dann wieder ghettosiert zu werden, erinnert sich Barbara John an die Standpunkte der Menschen.





Die Hochphase der Selbstinitiativen wurde laut Barbara John ab 1982/83 durch Ulf Fink angestoßen. Der damalige Senator für Gesundheit und Soziales habe ein großes Budget für die Förderung solcher Projekte zur Verfügung gestellt. Die Bereiche der Selbsthilfe richteten sich aber weniger an ältere Migrantinnen und Migranten, da zu jener Zeit aufgrund der demographischen Zusammensetzung die Zahl der Senior/innen noch klein ausfiel. Von zentraler Bedeutung waren rechtlich ungelöste Fragen wie die unterschiedlichen Rentensysteme in Deutschland und in der Türkei. Oder es ging um Gesundheitsfragen und darum, wer sich um ihre in der Heimat zurückgebliebenen Eltern kümmerte, wenn diese pflegebedürftig wurden, so Barbara John.

Barbara John beobachtet, dass sich die Selbstinitiativen heute vor allem mit Fragen der sinnvollen Freizeitgestaltung oder des bürgerschaftlichen Engagements auseinandersetzen. Neu ist die Entwicklung von generationenübergreifenden Einrichtungen. In Charlottenburg kümmern sich beispielsweise ältere Zuwanderinnen und Zuwanderer um Kinder und Jugendliche, so Barbara John. Sie kritisiert, dass für solche neuen Entwicklungen Anlaufstellen nötig sind, diese heute aber nicht lang genug finanziert werden, um eine Kontinuität aufbauen zu können. „Wir müssen dafür sorgen, dass die Kernfinanzierung solcher Initiativen dauerhaft gesichert ist“, fordert die Vorsitzende des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes.

Ganz wichtig sei darüber hinaus, dass sich die Migrantinnen und Migranten der ersten Generation noch viel intensiver für die Berücksichtigung ihrer Probleme in der Gesellschaft stark machen. Denn sie sind die Gründergeneration der deutschen Einwanderergeschichte, so Barbara John. Welche Bedürfnisse sie im Alter haben und welche Erfahrungen sie geprägt haben, dazu gibt es in Deutschland bisher wenig Erkenntnisse. „Also brauchen wir einen öffentlichen Austausch über diese Aspekte, wie diese Konferenz ihn ermöglicht“, erklärt Barbara John. Vielleicht wäre sogar der Aufbau eines Einwanderermuseums ein hilfreicher Anfang.



Impulse aus dem Kreis der Teilnehmer/innen

„Integration ist keine Einbahnstraße“

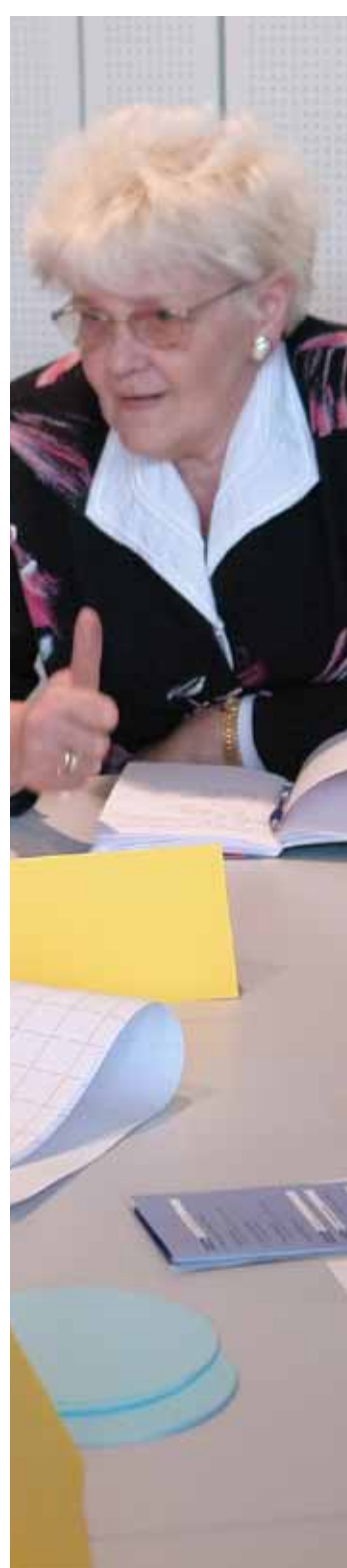
Integration darf nicht immer nur von den Zuwanderinnen und Zuwanderern gefordert werden. Auch die Deutschen müssen sich um ein gutes Zusammenleben bemühen. Sie müssen akzeptieren, dass die Zuwanderinnen und Zuwanderer, die seit Jahrzehnten hier leben, mittlerweile nicht mehr in ihre ursprüngliche Heimat zurückgehen können. Beide Seiten müssen lernen, miteinander zu leben. Die eindringliche Botschaft an die deutschen Mitbürger/innen lautet: Migrantinnen und Migranten wollen nicht allein leben und sie wollen fern der alten Heimat auch nicht allein sterben.

„Was bedeutet Integration?“

Jede/r hat ein anderes Verständnis von Integration. Auch die Politiker/innen haben dazu unterschiedliche Meinungen. Ist man in Deutschland nur integriert, wenn man Schweinefleisch isst oder kein Kopftuch trägt? Muss man die eigene kulturelle Identität völlig ablegen? Es wäre wichtig, dass die Politik sich auf eine einheitliche Definition verständigt, um Klarheit zu schaffen.

„Das Potenzial anderer Kulturen anerkennen“

Integration fängt erst an, wenn die deutsche Gesellschaft den Migrantinnen und Migranten endlich für deren Leistungen Anerkennung zollt. Auch die Politik setzt sich damit nicht auseinander. Statt Migrantinnen und Migranten nur auf ihre Defizite zu reduzieren, sollte sie endlich ihr Potenzial erkennen. Sie sollten sich gerade auch mit ihrer eigenen Kultur in die deutsche Gesellschaft einbringen dürfen.



„Die Vielfalt der ethnischen Gruppen beachten“

Neben der größten Gruppe der Migrantinnen und Migranten in Deutschland, die aus der Türkei stammen, müssen auch die anderen ethnischen Gruppen mehr Beachtung in der gesellschaftlichen Diskussion finden. Ihre Bedürfnisse müssen ebenfalls berücksichtigt werden.

„Sprachlos im Alter“

Im Alter und gerade bei verrenteten Migrantinnen und Migranten, die nicht mehr im Berufsleben stehen, nehmen häufig die deutschen Sprachfertigkeiten ab. Und sogar die Muttersprache ist nicht mehr so präsent. Um dieses Problem zu lösen, müssen Konzepte entwickelt werden, die eine Kommunikation auch ohne Worte ermöglichen.

„Altersarmut“

Große Sorge bereitet vielen Zuwanderinnen und Zuwanderern die steigende Altersarmut. Weil sie als erste Migrantengeneration meist ihre Schul- und Berufsausbildung sowie den Militärdienst in der alten Heimat absolviert haben und dies in Deutschland nicht auf den Rentenanspruch angerechnet wird, ist weder die deutsche Rente noch die Rente im Ursprungsland ausreichend. Dazu kommt noch, dass viele Zuwanderinnen und Zuwanderer in ihrer alten Heimat eine zweite Wohnung unterhalten, weil sie mehrere Monate im Jahr dort verbringen. Das ist eine Doppelbelastung, die angesichts der knappen Rentenbezüge schwierig zu finanzieren ist.

„Wie wir uns engagieren ...“

Jetzt reden

Perspektiven und
im bürgerschaft

Montag, 26. Ap

11



wir!
Interessen älterer Z
chen Engagement

2010

María Antonia Gonzáles Cabezas, Interkulturelles Frauenzentrum S.U.S.I.

María Antonia Gonzáles Cabezas stammt ursprünglich aus Chile. Sie wurde dort nach dem Putsch als politische Gefangene von der Militärjunta verhört, gefoltert und nach der Freilassung aus der Inhaftierung des Landes verwiesen. Als politischer Flüchtling kam sie mit ihrer Tochter 1974 in die DDR. Bis 1978 arbeitete sie als wissenschaftliche Assistentin im Physiologischen Institut der medizinischen Fakultät der Humboldt-Universität und war danach dort noch bis 1991 weiter tätig.

Der Neustart gelang. In der DDR wurde man als Zuwanderin durch die Berufstätigkeit sofort in die Gesellschaft integriert, weil alle einen Arbeitsplatz bekamen, so María Antonia Gonzáles Cabezas. Dadurch kam man in Kontakt mit Kolleg/innen und war Teil der Gesellschaft. Nach dem Mauerfall wurde sie verrentet. Mit einem Schlag habe sie ihr gewohntes Umfeld an der Universität verloren. Die Kontakte fielen weg, auch weil viele ehemalige Arbeitskolleg/innen wegzogen. Den Übergang in die Rente empfand die Chilenin deshalb als sehr einschneidend und sehr schwierig. Zu Zeiten der DDR habe es laut María Antonia Gonzáles Cabezas für ältere Arbeitnehmer/innen, die aus dem Berufsleben an der Universität ausschieden, noch die Möglichkeit gegeben, Studierende zu beraten. Dadurch blieb man mit der Gesellschaft weiter aktiv in Verbindung, erklärt die Seniorin.

„Ich war also sehr froh, dass ich schon seit langer Zeit vielfach ehrenamtlich engagiert war. Auf diese Weise war ich noch in das gesellschaftliche Leben eingebunden“, so María Antonia Gonzáles Cabezas. Ehrenamtlich beschäftigte sie sich vor allem mit Folklore, mit Liedern und Tänzen aus Lateinamerika. Seit 1980 unterstützt sie deshalb Projekte für Tanzgruppen sowohl für Kinder als auch für Erwachsene in der Humboldt-Universität und in einem Jugendclub. „Hier komme ich mit jungen Chilenen und auch mit interessier-

ten Deutschen zusammen und mit Studenten der Humboldt-Universität“, konstatiert die aktive Frau.


Daneben engagiert sie sich in einem literarischen Zirkel für Chileninnen im Gabriela Mistral e.V., einer chilenischen Kulturgesellschaft, die vor gut 20 Jahren gegründet wurde. „Außerdem gehöre ich einer Seniorinnengruppe im Interkulturellen Frauenzentrum S.U.S.I. an, war Präsidentin des Xochicuicatl Lateinamerikanische Frauen e.V. in Berlin und arbeitete in der Interkulturellen Begegnungsstätte Bayouma-Haus in verschiedenen Projekten mit, zum Beispiel beim Nähkurs und in Tanz- und Gesangsprojekten. Gesänglich aktiv war ich schließlich auch in der Chile-Freundschaftsgesellschaft »Salvador Allende« e.V.“, konstatiert die 80jährige.

Marta Ladwig, Seniorenvertretung Friedrichshain-Kreuzberg und Stellvertretende Vorsitzende der AG Migration des Landesseniorenbeirats Berlin-Brandenburg:

Marta Ladwig wurde im ehemaligen Jugoslawien geboren, und zwar in dem Teil, der heute zur Republik Serbien gehört. Sie engagiert sich in vielen verschiedenen Bereichen. „Meine Motivation: Ich wollte nach Eintritt in die Rente etwas von der Unterstützung an die Gesellschaft zurückgeben, die ich in meinem Leben zuvor erhalten hatte“, erklärt Marta Ladwig. Sie habe das Glück gehabt, nach Deutschland kommen zu können. Zwar sei es anfangs schwierig gewesen, doch mit der Zeit habe sie viel dazugelernt und viele Menschen haben sie unterstützt. Durch die ehrenamtliche Arbeit habe die Aktive neue Erfahrungen machen und sich weiterbilden können. „Außerdem bin ich dadurch selbstbewusster geworden“, stellt die Seniorin fest.

„Leider höre ich immer wieder den Vorwurf, wir als Angehörige der ersten Migrantengeneration würden keine Verantwortung für die Gesellschaft übernehmen, in der wir leben, und auch nicht dafür sorgen, dass unsere Enkelkinder die Schule erfolgreich absolvieren“, bedauert Marta Ladwig. Darum sei es wichtig, eine Möglichkeit wie diese Konferenz





zu bekommen, um jene Vorurteile zu widerlegen. „Wir brauchen Menschen, denen wir unsere Ideen erläutern können, die an unsere Fähigkeiten glauben und uns helfen, unsere Ideen zu realisieren“, erläutert die Seniorenvertreterin.

Im Kleinen sei das bereits Realität. In einer Selbstinitiative, in der sie tätig ist, engagieren sich beispielsweise auch deutsche Mitbürgerinnen und Mitbürger. „Was uns Migrantinnen und Migranten noch fehlt, ist mehr Akzeptanz in der breiten Gesellschaft, mehr Verständnis für unsere Situation und vielleicht auch finanzielle Unterstützung“, denkt Marta Ladwig.

Genrietta Liakhovitskaia, Seniorenvertretung Mitte:

Genrietta Liakhovitskaia kam 1996 als Kontingentflüchtling aus St. Petersburg nach Berlin. Dafür sei sie dankbar, „denn in Deutschland hatte ich die Chance, meine Kriegsverletzungen besser kurieren lassen zu können als in St. Petersburg. Deshalb lebe ich nun länger und möchte etwas an die Gesellschaft zurückgeben.“

Die Rentnerin engagiert sich seit einiger Zeit in der Seniorenvertretung Mitte. „Eigentlich wollte ich zuerst gar nicht, weil ich nicht verstanden habe, was das nutzen soll. Aber ich bin überredet worden und jetzt weiß ich, wieso diese Arbeit wichtig ist“, sagt Genrietta Liakhovitskaia. Zunächst sei sie überrascht gewesen über das Vertrauen, das ihr durch die Wahl zur Seniorenvertreterin entgegengebracht worden sei. „Zum ersten Mal hatte ich das Gefühl, gleichberechtigt in einem deutschen Gremium mitreden zu können. Und ich bekam endlich Kontakt zu Deutschen“, erinnert sie sich.

Dadurch habe sich zum einen ihr Deutsch verbessert, zum anderen verstehe sie die Lage der deutschen Seniorinnen und Senioren viel besser und habe festgestellt, dass sie ähnliche Probleme haben wie zugewanderte Seniorinnen und Senioren. Durch ihr Engagement habe sie sich mit neuen Themen auseinandersetzen müssen. „Mir war zum Beispiel nicht bewusst, dass der Dialog zwischen den Generationen sogar familienintern belastet ist. Umgekehrt kann ich den deutschen




Seniorenvertreterinnen und -vertretern vermitteln, in welcher Situation sich viele Einwanderinnen und Einwanderer befinden“, sagt Genrietta Liakhovitskaia.

Bei ihrem Engagement konzentriert sich die Seniorenvertreterin auf die schwierige Situation der jüdischen Kontingentflüchtlinge. Seit 20 Jahren befinde sich diese Gruppe laut Genrietta Liakhovitskaia in einem Rechtsvakuum. Sie bekommen keine Rente und sind bis zu ihrem Tod auf Sozialhilfe angewiesen, so die aktive Seniorin.

Hamzeh Moudallal, Jordanische Gemeinde e. V. Berlin-Brandenburg:

1961 kam Hamzeh Moudallal im Alter von 21 Jahren von Amman, Jordanien, nach Deutschland, um hier zu arbeiten. „Wir, die erste Generation der Zuwanderinnen und Zuwanderer, waren damals Gäste in diesem Land“, so Hamzeh Moudallal. Ab den 1970er Jahren habe sich in Deutschland Einiges geändert. Nun wurden die Zuwanderer/innen „Ausländer“ genannt, sie sollten plötzlich fließend Deutsch sprechen können und mussten eine Arbeitsstelle vorweisen. Und in den vergangenen Jahren hat die schlechte wirtschaftliche Lage die zweite und dritte Migrantengeneration chancenlos gelassen. Hamzeh Moudallal denkt, dass die Probleme also vielfältig sind.

„Seit 2005 bin ich im Ruhestand. Deshalb habe ich Zeit, mich zu engagieren“, erklärt er. Der Anlass: In der jordanischen Gemeinde in Berlin habe es damals zwei alleinstehende, jordanische Senioren gegeben, die in einem Pflegeheim lebten, und um die sich einige Jordanier kümmerten, damit sie nicht vereinsamen. „Das machte uns bewusst, dass wir selbst eines Tages alt sein würden und persönliche Ansprache bräuchten. Das traditionelle Konzept, dass die Eltern im Alter von den eigenen Kindern betreut werden, ist in den arabischen Gemeinden in Deutschland nicht mehr stark verbreitet, sodass immer mehr ältere arabische Zuwanderinnen und Zuwanderer im Altenheim landen“, erinnert sich Hamzeh Moudallal an die Anfänge seines Engagements. So gründete man den Jordanische Gemeinde e. V. mit Sitz im Deutsch-Arabischen Zentrum.



Das Engagement im Verein ist vielfältig: Als Anlaufstelle für Familien aus Jordanien besuchen Vereinsmitglieder heute nicht nur ältere Migrantinnen und Migranten, damit sie Teil der Gesellschaft bleiben, sondern es werden auch Jugendprojekte im Bereich Sprachen und Sport angeboten. „Gemeinsam mit dem Zentrum geben wir den arabischen Einwanderinnen und Einwanderern eine Stimme, die in der Gesellschaft Gehör findet“, erklärt Hamzeh Moudallal.

Jasenka Villbrandt, MdB, sozialpolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Abgeordnetenhaus von Berlin:

Jasenka Villbrandt lebt seit 1971 in Berlin und war von Anfang an sehr engagiert. „Dabei hat mir die Tatsache geholfen, dass ich schon Deutsch sprechen konnte, als ich herkam“, erinnert sich die Politikerin. Unter ihren Landsleuten übernahm sie deshalb schon bald die Rolle der Unterstützerin und Übersetzerin für ihre Arbeitskolleg/innen.

Die meisten Engagierten haben laut Jasenka Villbrandt schon während ihrer Berufstätigkeit ehrenamtlich gearbeitet. Sie setzen im Alter ihr Ehrenamt fort oder fangen nach einer Unterbrechung wieder damit an, so der Podiumsgast. Um sich engagieren zu können, müsse man von der Gesellschaft einen Vertrauensvorschuss bekommen. Die Politikerin denkt, dass vielen jüngeren Zuwanderinnen und Zuwanderern dieses Vertrauen weder von der Gesellschaft noch von der eigenen Familie entgegengebracht wird. Und die Älteren leiden besonders unter der schlechten Wirtschaftslage. Sie werden arbeitslos. Arbeitslosigkeit führt zur Vereinsamung, zu Isolation und macht krank. Das sind laut Jasenka Villbrandt keine guten Voraussetzungen für Engagement.

Hier müsse die Politik nachhelfen. „Wir brauchen neue Freiwillige für Selbsthilfeinitiativen zum Beispiel in der Alten- und Pflegepolitik“, so die Abgeordnete. Dafür müsse der Staat aber auch bessere Rahmenbedingungen schaffen. Freiwillige brauchen die Möglichkeit, sich für ihre Arbeit qualifizieren zu können. Um die Existenz der jeweiligen Initiativen



langfristig zu sichern, müssen finanzielle Mittel bereitgestellt werden. Denn Engagement braucht nach Ansicht von Jasenka Villbrandt Kontinuität und auch verschiedene Formen der Anerkennung.


Das Kompetenz Zentrum Interkulturelle Öffnung der Altenhilfe sei ein gutes Beispiel für die momentane Situation der Zuwanderer-Selbstinitiativen. Die Freiwilligen dieser Einrichtung mussten laut Jasenka Villbrandt zunächst viel Zeit investieren, um die Politiker/innen davon zu überzeugen, dass ihre Initiative eine sichere Finanzierung braucht. Diese Hürde verhindert häufig Engagement. „Wenn wir aber von den Menschen erwarten, dass sie sich engagieren, dann müssen wir die entstehenden Selbstinitiativen unterstützen und das kostet eben auch etwas“, denkt die Politikerin.

Ingo Siebert, Geschäftsführer und Studienleiter des August-Bebel-Instituts:

Das August-Bebel-Institut wurde 1947 in Berlin gegründet. Heute werden vor allem politisch interessierte Menschen für das kommunalpolitische Ehrenamt fit gemacht.

Seit 2006 liege ein Schwerpunkt auf politischer Bildungsarbeit in der Einwanderungsstadt. „Wir setzen uns mit den politischen Themen auseinander, die Menschen mit Migrationshintergrund in die Stadt gebracht haben“, so Ingo Siebert. Durch entsprechende Ausstellungen, Workshops und Seminare werde zu Diskussionen angeregt. 2009 stand die Städtepartnerschaft zwischen Berlin und Istanbul im Mittelpunkt der Institutsarbeit. „Wir haben zwischen den Zivilgesellschaften der beiden Städte einen Austausch organisiert und in diesem Zusammenhang auch sehr viel mit der ersten Einwanderergeneration zu tun gehabt“, resümiert der Leiter.

Derzeit drehe sich die Diskussion darum, das vorhandene Engagement der Zuwanderinnen und Zuwanderer endlich sichtbar zu machen. Ein Engagement, das viel mit den Problemen und der Geschichte der Zuwanderung zu tun habe. „Im Rahmen unserer Veranstaltungen hat sich gezeigt, dass



viele Zuwanderinnen und Zuwanderer der ersten, zweiten und dritten Generation großes Interesse daran haben, mehr über die eigene Migrationsgeschichte und über ihr jeweiliges Heimatland zu erfahren sowie über die Entwicklungen dort zu diskutieren“, erklärt Ingo Siebert. Solche Themen sollten stärker in die politische Bildung deutscher Einrichtungen integriert werden. Zeitzeugengespräche mit Angehörigen der ersten Migrantengeneration können hier den Grundstein legen für eine Erinnerungskultur, die in dieser Stadt mit ihrer vielfältigen Einwanderungsgeschichte aufgebaut werden sollte, so der Leiter.



Impulse aus dem Kreis der Teilnehmer/innen

„Auseinandersetzung mit Migration auch in den Schulen“

Die Ergebnisse dieser Veranstaltung und das vielfältige Engagement der Migrantinnen und Migranten sollte Eingang in die Bildungspolitik finden. Man sollte beispielsweise Zeitzeugen mit Migrationshintergrund als Gesprächspartner/innen in die Schulen schicken oder mit den Schülerinnen und Schülern Ausstellungen zum Thema Migration erarbeiten. Mit solchen Ausstellungen wurden bereits gute Erfahrungen gemacht. Sie wurden sowohl von Deutschen als auch von Migrantinnen und Migranten gut besucht. Viele Kinder mit Migrationshintergrund wurden durch die Ausstellung dazu angeregt, ihre Eltern und Großeltern über deren Vergangenheit zu befragen, um die eigene Geschichte besser verstehen zu können. So fand gleichzeitig auch ein Dialog zwischen den Generationen statt.

„Umverteilung der Fördergelder“

Angesichts schrumpfender Budgets müssen die gewachsenen Finanzströme auch im Bereich der Unterstützung von Freiwilligenorganisationen reformiert werden. Wir brauchen ein Konzept für eine Umverteilung auf breiter Ebene, damit Engagement und Selbstinitiativen effizienter gefördert werden können.

„Bessere Öffentlichkeitsarbeit in eigener Sache“

Die erste Einwanderergeneration hätte sich schon wesentlich früher öffentlich zu Wort melden sollen. Umso wichtiger ist es nun, die Erkenntnisse aus dieser Veranstaltung auf breiter Basis nach außen zu kommunizieren und die Öffentlichkeit kontinuierlich zu informieren, damit den tiefen Vorurteilen entgegengewirkt werden kann.

A vertical portrait of a woman with dark hair, wearing a dark jacket over a pink top, is positioned on the left side of the page. The image is partially cut off on the left edge.

„Mehr Engagement in der Bildungsförderung“

Kinder mit Migrationshintergrund brauchen eine gute Bildung, sonst haben sie keine Zukunftsperspektiven. In diesem Bereich können sich ehrenamtliche Helfer/innen einbringen, zum Beispiel mit Hausaufgaben- und Nachhilfe.

„Kein Engagement ohne Aufwandsentschädigung“

Die Voraussetzungen für bürgerschaftliches Engagement sind heute ganz anders als noch vor einigen Jahren. Gerade ältere Zuwanderinnen und Zuwanderer sind von Altersarmut betroffen, können von ihren geringen Renten nur knapp ihre Miete bezahlen und haben deshalb kaum finanzielle Ressourcen für die „Nebenkosten“ einer ehrenamtlichen Tätigkeit. Aufwandsentschädigungen sind heute also unerlässlich, wenn Engagement weiter gefördert werden soll. Im Sport beispielsweise sind Übungsleiterpauschalen schon lange üblich. Neben finanziellen Aufwandsentschädigungen sollte es auch noch andere Formen der Anerkennung geben.

„Zwei Selbstinitiativen stellen sich vor“

In Dresden gibt es eine aktive jüdische Gemeinde, die sich dafür einsetzt, das Leben von älteren Migrantinnen und Migranten zu verbessern. Derzeit führt sie ein Biographie-Projekt zum Thema Kriegserlebnisse durch. Die Dokumentation wird auf Russisch und Deutsch herausgegeben. Außerdem bemühen sich die Engagierten um den Aufbau eines Altenheims oder einer entsprechenden Abteilung in einer bestehenden Einrichtung. Die finanziellen Mittel reichen jedoch noch nicht aus.

Die Burma-Initiative, die in der Vergangenheit auch dabei geholfen hat, Waffenstillstände in Burma zu fördern, hilft älteren burmesischen Menschen in Deutschland. Darüber hinaus organisieren die Engagierten kulturelle und politische Veranstaltungen zu Burma und halten an Schulen Vorträge über Tourismus, Umweltverschmutzung oder die politische Lage in Burma.

Ergebnisse aus den Kleingruppen der Gesprächsinseln

21



Tisch 1

Was brauche ich, um freiwillig helfen zu können?

Ältere Migrant/innen und Fachleute diskutieren die Gestaltung von Rahmenbedingungen – persönlicher, politischer, struktureller Art – , um Senior/innen mit Zuwanderungsgeschichte den Zugang zum bürgerschaftlichen Engagement zu erleichtern.

Ergebnis: Man braucht Interesse und Motivation vor Ort. Die Engagierten müssen kommunikativen Zugang zueinander finden. Die Bedürfnisse der älteren Zuwanderinnen und Zuwanderer müssen von der Basis her berücksichtigt werden.

Tisch 2

Wo helfen mir meine Lebenserfahrungen beim bürgerschaftlichen Engagement?

Anhand von Beispielen aus der Praxis soll ein Erfahrungsaustausch zwischen älteren Migrant/innen und Fachleuten angeregt werden.

Ergebnis: Im Dialog mit Mitmenschen hilft Einfühlungsvermögen, gespeist aus eigener Erfahrung. Mit der eigenen Lebenserfahrung kann man anderen helfen.

Tisch 3

Was bedeutet bürgerschaftliches Engagement? Zählt Nachbarschaftshilfe dazu?

Ältere Migrant/innen und Fachleute diskutieren anhand von Beispielen verschiedene Definitionen des bürgerschaftlichen Engagements.

Ergebnis: Nachbarschaftshilfe ist bürgerschaftliches Engagement. Jedoch wissen Deutsche und Migrant/innen zu wenig von einander. Wichtig für bürgerschaftliches Engagement sind Finanzierung für Ehrenamtshilfe, generationenübergreifende Projekte und mehr Öffentlichkeitsarbeit.



Tisch 4

Wie verbindlich muss mein freiwilliges Engagement sein?

Zur Diskussion steht, wie viel Verbindlichkeit – oder gar Verpflichtung – die Übernahme eines Ehrenamtes erfordert.

Ergebnis: Es sollte verbindlich sein. Unter Berücksichtigung bestimmter Rahmenbedingungen ist Ehrenamt ein Grundbegriff, der für alle in gleicher Weise definierbar sein sollte.

Tisch 5

Wie kann ich mir ein freiwilliges Engagement finanziell leisten?

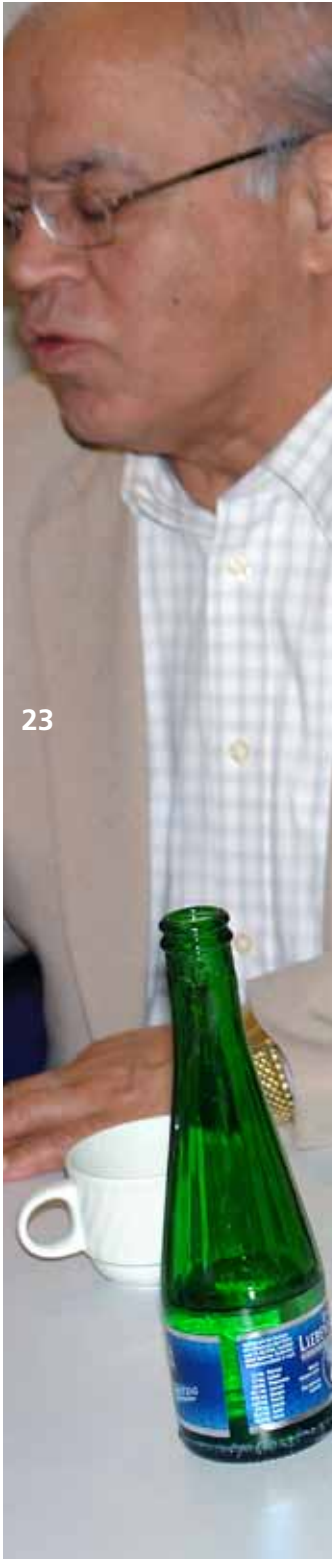
Engagement bedeutet für Aktive oft, dass sie einen finanziellen Mehraufwand tragen. Ältere Migrant/innen und Fachleute debattieren, wie finanzielle Zugangsbarrieren zum bürgerschaftlichen Engagement für Senior/innen mit Zuwanderungsgeschichte minimiert werden können.

Ergebnis: Es sollte keinen Unterschied zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund geben. Engagement sollte für alle finanziell möglich sein. Aber in der Praxis sind die finanziellen Barrieren sehr groß und die Anerkennung des Ehrenamtes ist mangelhaft, wobei Anerkennung nicht nur in finanzieller Form erfolgen sollte.

Tisch 6

Ist mein Ehrenamt in einer religiösen Einrichtung ein freiwilliges Engagement?

Der ehrenamtliche Einsatz innerhalb der eigenen Religionsgemeinschaft wird in der Öffentlichkeit unterschiedlich bewertet. Zur Diskussion steht, was das Engagement in Kirche, Tempel und Moschee für den gesellschaftlichen Zusammenhalt bedeutet.





Ergebnis: Religiöse Einrichtungen sind Netzwerk-Orte für ältere Zuwanderinnen und Zuwanderer. Hier engagieren sie sich ganz selbstverständlich. Ohne ehrenamtlich Aktive gehen religiöse und kulturelle Traditionen verloren. Es ist deshalb wichtig, die Kinder und Enkel für das Ehrenamt im religiösen Bereich zu gewinnen und zu motivieren.

Tisch 7

Ich bin nicht gern alleine!

Welche Angebote wünsche ich mir?

Es wird diskutiert, welche Angebote des bürgerschaftlichen Engagements für Senior/innen mit Zuwanderungsgeschichte ansprechend sind und wie diese beschaffen sein sollten.

Ergebnis: Grundsätzlich besteht der Wunsch sich zusammen mit deutschen Senior/innen in gemeinsamen Gruppen zu engagieren. Um gemeinsame Interessen zu finden, zu bündeln und zu gestalten, muss man geeignete Schlüsselpersonen suchen, die dabei helfen, tragfähige Beziehungen zwischen den Menschen aller Kulturen aufzubauen und zu pflegen.

Tisch 8

Manchmal fehlen mir die Worte!

Wie kann ich mich trotzdem freiwillig engagieren?

Mangelnde Deutschkenntnisse können ältere Migrant/innen davon abhalten, sich bürgerschaftlich zu engagieren. Aktive und Fachleute diskutieren, wie diese Zugangsbarriere überwunden werden kann.

Ergebnis: Sprache ist wichtig, sie öffnet Türen, stellt jedoch kein unüberwindliches Hindernis im Rahmen eines freiwilligen Engagements dar. In einem geschützten Raum mit einem/r vertrauten Ansprechpartner/in kann man Ressourcen erforschen und Selbstsicherheit gewinnen.

Abschlusspodium



im bürge

Montag,



25




Günter Piening, Beauftragter des Berliner Senats für Integration und Migration, Bündnis 90/Die Grünen:

Berlin ist die Hauptstadt der Migrantenvereine, so Günter Piening. Das Engagement der Migrantinnen und Migranten sei hier sehr vielfältig, zumal es über Jahrzehnte gewachsen ist. Dennoch werde dieses Engagement öffentlich nicht wahrgenommen oder sogar als Engagement zweiter Klasse abgewertet mit der Begründung, dass sich die Zugewanderten mit ihren Selbsthilfeeinitiativen lediglich um die eigenen Belange und nicht um gesellschaftlich relevante Bereiche kümmern. Dabei wäre es laut Günter Piening ohne dieses Engagement schlecht bestellt um Berlin.

Der Integrationsbeauftragte stellte fest, dass die erste Einwanderergeneration die Vereine aufgebaut und damit eine herausragende Leistung vollbracht hat. Diese Strukturen gelte es, anzuerkennen und zu stabilisieren. Ein wichtiger Punkt ist deshalb auch die Überprüfung der Ressourcenverteilung, so Günter Piening. Noch immer fließen die öffentlichen Fördergelder weitgehend an den kaum beachteten Migranteninitiativen vorbei zu größeren etablierten Trägern. „In Berlin haben wir deshalb ein eigenes Budget zur Unterstützung des Engagements von Zuwanderinnen und Zuwanderern. Damit sind wir Vorreiter in der Bundesrepublik“, erklärte Günter Piening.

Weil die Angehörigen der ersten Migrantengeneration mittlerweile das Rentenalter erreichen werde, wird sich auch ihr Engagement innerhalb ihrer Vereine verändern. Dort werde zukünftig auch Seniorenarbeit stattfinden. Günter Piening beobachtet erste Tendenzen. Derzeit gebe es jedoch noch vergleichsweise wenig ältere Migrant/innen. 25 Prozent aller Einwohner/innen von Berlin haben einen Migrationshintergrund, im Vergleich dazu sind es bei den über 65-Jährigen nur zehn Prozent, skizziert Günter Piening. Die Mehrzahl der Einwander/innen werde sich deshalb noch nicht mit Seniorenarbeit beschäftigen wollen. „Es bleibt dennoch ein wichtiges Thema für die Zukunft, wie wir zugewanderte Seniorinnen und Senioren zum Engagement motivieren kön-





nen und wie wir die Seniorenarbeit in ihren Vereinen mit der klassischen Seniorenarbeit verbinden können“, so der Integrationsbeauftragte.

Akut sei hingegen die wachsende Altersarmut, die sich in Berlin weiter verschärfen werde. Stark betroffen seien davon die Mitglieder der ersten Migrantengeneration. Viele haben laut Günter Piening keine solide Ausbildung, verdienen deshalb nur wenig und haben in Zeiten wirtschaftlicher Einbrüche als erste ihre Arbeit verloren und mussten so hohe Rentenbeitragsausfälle hinnehmen. Außerdem leiden viele an körperlichen Schäden aufgrund harter Arbeit, was oft mit einer Frühverrentung einhergeht. Ihre Rentenansprüche sind also auf einem sehr niedrigen Niveau. Auch das wird ein wichtiger Aspekt in der zukünftigen Seniorenarbeit sein“, stellt Günter Piening fest.


27

„In Berlin führen wir gerade ein Modellprojekt durch, das für ältere Arbeitslose mit Migrationshintergrund zukunftsweisend sein könnte“, erklärte er. Langzeitarbeitslose werden unter bestimmten Bedingungen für drei Jahre im öffentlichen Beschäftigungssektor (ÖBS) eingestellt. „In diesem Rahmen arbeiten wir mit einer Gruppe russischer Ingenieure zusammen, die technischen Nachmittagsunterricht in Schulen anbieten“, so Günter Piening. Unter ihnen sind bereits viele ältere Migrant/innen. Die Teilnehmer/innen könnten in diesem Projekt auch bis zur Rente finanziert werden, was wiederum für die Trägerorganisationen vorteilhaft sei.

Ute Kumpf, MdB, Sprecherin der SPD-Arbeitsgruppe „Bürgerschaftliches Engagement“:

Bürgerschaftliches Engagement müsse etwas ganz Eigensinniges, etwas Freiwilliges sein. Es dürfe angesichts leerer öffentlicher Kassen nicht für staatliche Aufgaben missbraucht werden, so Ute Kumpf. Jeder Freiwillige müsse selbst entscheiden können, ob er oder sie sich für eine bestimmte Sache einsetzen will. Und ehrenamtliche Arbeit muss von der Gesellschaft wahrgenommen und anerkannt werden, wünscht sich die Politikerin.





Bürgerschaftliches Engagement brauche gesicherte Rahmenbedingungen. „Uns muss klar sein, dass es nicht umsonst zu haben ist“, sagt Ute Kumpf. Wichtig sind Hauptamtliche, die die Ehrenamtlichen unterstützen, damit letztere sich nicht völlig aufzehren. Vereinsstrukturen bieten nach Ansicht des Podiumsgastes auch eine gute Basis für rechtliche Rahmenbedingungen. Damit auch die speziellen Aktivitäten der Migrantenorganisationen leichter als gemeinnützig anerkannt und entsprechende Fördermittel zugeteilt werden können, hat der Bundestag sich mit entsprechenden Änderungen im Vereinsrecht beschäftigt, erläutert Ute Kumpf.

„Leider wissen wir noch zu wenig über das Engagement von Einwanderinnen und Einwanderern“, so die Politikerin. Es gibt wenig Forschung zu diesem Thema. Die Umfragen zu bürgerschaftlichem Engagement, die so genannten Freiwilligensurveys, waren bisher nur auf die klassischen Engagementbereiche gerichtet. Erst seit zwei Jahren werden laut Ute Kumpf Migrantenorganisationen mit einbezogen.

Auf kommunaler Ebene wird nach Einschätzung der Fachfrau vor allem das Engagement von Zuwanderinnen und Zuwanderern im Bereich Kultur positiv wahrgenommen. Mittlerweile formulieren die Migrantinnen und Migranten auch stärker ihre eigenen Vorstellungen, stellen Forderungen und mischen sich politisch ein. Diese echte Interessenvertretung habe sich in den Migrantenorganisationen erst in den letzten Jahren entwickelt. „Ich halte das für sehr wichtig, denn dadurch wird das demokratische Spektrum erweitert,“ betont die Sozialdemokratin.

Viele Senioren wollen heute noch nicht zum „alten Eisen“ gehören, meint Ute Kumpf. Sie möchten gebraucht werden und wollen sich weiter in die Gesellschaft einbringen. Und auf ihre ehrenamtliche Mithilfe könne und dürfe die Gesellschaft nicht verzichten. Im Hinblick darauf laufe gerade ein Modellversuch im Bereich „Alte aktiv“, bei dem sich ältere Menschen aktiv einbringen können. Außerdem können dazu auch Fördermittel beantragt werden. Darüber hinaus gebe es noch den Modellversuch „Freiwilligendienst aller Gene-


rationen“. Bei diesem Modellversuch werde die Zielgruppe der Älteren in eine verbindliche freiwillige Arbeit eingebunden, vergleichbar mit den Jugendfreiwilligendiensten, so Ute Kumpf. Das Engagement der Senior/innen bewegt sich hier im Rahmen von 10 bis 20 Stunden. Sie arbeiten entweder in der Seniorenbetreuung oder schlagen mit ihrer Tätigkeit eine Brücke zur jungen Generation. Dafür erhalten sie eine Aufwandsentschädigung.

Aufwandspauschalen machen für viele ein ehrenamtliches Engagement erst möglich. Außerdem seien sie Ausdruck der Anerkennung. Nach Angabe der Abgeordneten habe man im Bundestag diesbezüglich über verschiedene Anerkennungsmodelle nachgedacht wie zum Beispiel Freikarten für Veranstaltungen, Ehrenamtskarten für einen vergünstigten Zutritt zu kulturellen Einrichtungen und Rentenpunkte, die dem jeweiligen Rentenanspruch gutgeschrieben werden. Das Rentenpunkte-Modell sei jedoch als zu aufwendig abgelehnt worden. Als Anerkennung könne aber auch eine öffentliche Auszeichnung dienen, so Ute Kumpf.

Was die Vergabe von Fördermitteln angehe, gebe es im Bereich der Migrantenorganisationen noch ein Problem. Es gebe laut der Politikerin noch keinen Wohlfahrtsverband, der aus einer muslimischen Tradition stamme. Deshalb sollten die herkömmlichen Träger wie Caritas oder Rotes Kreuz verpflichtet werden, mit den Migrantenorganisationen zusammenzuarbeiten. Darin sieht Ute Kumpf Vorteile: So können neue Strukturen aufgebaut werden. Den Geldverteilungskämpfen kann mit dem Tandemmodell entgegengewirkt werden. Die kooperierenden Organisationen erhalten hier das Fördergeld zu gleichen Teilen.

Die Abgeordnete geht davon aus, dass viele etablierte Verbände und Organisationen in Zukunft umdenken müssen. Kehren Migrantinnen und Migranten mit Eintritt ins Rentenalter in früheren Jahren in die alte Heimat zurück, entscheiden sich heute die meisten zum Bleiben. Das bedeute, dass Pflegeeinrichtungen und Senioren-Begegnungsstätten sich mit dem Thema Mehrsprachigkeit auseinandersetzen





müssen. Die Zusammenarbeit mit Migrantenorganisationen könnte hier helfen, denkt Ute Kumpf.

Susanne Huth, INBAS-Sozialforschung und Sprecherin der AG Migration/Integration des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE):

INBAS ist ein privates Sozialforschungsunternehmen in Frankfurt am Main und beschäftigt sich seit über 20 Jahren mit Fragen der Seniorenpolitik, der Engagementförderung und der Altenhilfeplanung. Seit 2010 ist das Thema der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund dazugekommen. Die Verknüpfung von Engagementförderung und Integration hat sich zu einem Schwerpunkt unseres Instituts entwickelt. Susanne Huth beschäftigt sich deshalb seit einigen Jahren mit den Fragen, welche Rolle und Funktion Migrantenorganisationen haben, was hier an integrationsförderndem Potenzial entdeckt werden kann, wie sich das Engagement der Migrantinnen und Migranten auch in klassischen Engagementbereichen fördern lässt und wie man hier Hindernisse und Schwellenängste abbauen kann.

Die fehlende öffentliche Anerkennung von Migrantenorganisationen lasse sich, nach Angaben von Susanne Huth, aus ihrer Entstehungsgeschichte begründen. Bereits in den 1970er Jahren wurden von spanischen Migrantinnen und Migranten Elterninitiativen gegründet. Solche Initiativen und Vereine entstehen sozusagen zunächst aus der Not: Ein bestehendes Problem wird durch gegenseitige Unterstützung gelöst, also die klassische Selbsthilfe. Die Hilfeleistungen bleiben deshalb weitgehend im Verborgenen, beobachtet die Wissenschaftlerin.

Mittlerweile zähle das deutsche Zentralregister der ausländischen Vereine in Deutschland schon 16.000 Vereine, die größtenteils von Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit geführt werden. Dennoch entstehe der Eindruck, als hätten Politik und Gesellschaft Migrantenorganisationen erst in den letzten fünf bis zehn Jahren entdeckt, vor allem im Zuge des Nationalen Integrationsplanes. Zeitgleich wer-

den auch hohe Anforderungen an sie gestellt, so Susanne Huth. Sie sollen sich unter anderem für mehr Integration einsetzen. Diese Forderung stoße viele Engagierte jedoch vor den Kopf, berichtet die Wissenschaftlerin. Schließlich tun sie seit Jahrzehnten genau das – sie unterstützen ihre Landsleute bei der Selbsthilfe und sorgen so dafür, dass diese sich besser integrieren können. Aber dieser Einsatz wurde eben kaum in der Öffentlichkeit wahrgenommen und wenig wertgeschätzt.

Dieses Engagement im Kleinen birgt laut Susanne Huth noch einen weiteren Nachteil. Es hindere die Migrantenorganisationen oft daran, ihre Vereinsarbeit zu professionalisieren: Häufig gebe es kein festes Büro, man arbeite vom eigenen Wohnzimmer aus, es gebe keine hauptamtlich Tätigen, Ansprechpartner/innen sind deshalb häufig schlecht oder nur privat erreichbar. Entsprechend ist es schwer, an Fördermittel zu gelangen. Um sich als Verein konsolidieren zu können, müssen die Selbstinitiativen wegkommen von der projekthaften Förderung, erklärt Susanne Huth. Genau zu diesem Zweck laufe ein auf drei Jahre angelegtes Förderprogramm von den Kommunen, allerdings ist die Antragsfrist dafür bereits abgelaufen. Daran zeige sich aber, dass das Problem langsam auch von der Politik erkannt werde. Man suche nach Wegen, um die Initiativen struktureller zu fördern, resümiert Susanne Huth.

Impulse aus dem Kreis der Teilnehmer/innen

„Unfaire Konkurrenz um Fördermittel“

Die gravierenden Größenunterschiede zwischen den etablierten Wohlfahrtsverbänden und den kleinen Migranten-Selbstinitiativen führen dazu, dass das Engagement der Zuwanderinnen und Zuwanderer nicht ernst genommen wird und dass die Fördermittel ungleich verteilt werden. Hier muss ein Konzept für eine Umstrukturierung entwickelt werden.



„Anerkennung als Bürger“

Soziales Engagement, gerade von Menschen mit Migrationshintergrund, fängt in ganz kleinem Rahmen an, nämlich über kleine nachbarschaftliche Netzwerke meist als Nachbarschaftshilfe. Man kümmert sich beispielsweise um den kranken Nachbarn oder um das Nachbarskind. Wenn diese Netzwerke fehlen würden, hätten wir in Berlin erhebliche soziale Probleme. Deshalb ist es wichtig, auch dieses Engagement im Kleinen wertzuschätzen. Es fehlt eine öffentliche Haltung dazu. Wir sollten deshalb endlich nicht mehr von Zuwanderinnen und Zuwanderern sprechen. Sie sind Bürger/innen dieser Stadt. Diese Art der Anerkennung ist überfällig nach mehr als 60 Jahren Migrationsgeschichte in Deutschland.

„Türkei an Pflegekosten beteiligen“

Immer mehr ältere Migrant/innen verbringen ihren Ruhestand in Deutschland. Die meisten haben jedoch eine zu geringe Rente, um im Fall der Pflegebedürftigkeit einen Platz im Altersheim bezahlen zu können. Die Türkei und andere Herkunftsländer müssten in die Lösung dieses Problem mehr einbezogen werden.

„Welche Fördermöglichkeiten gibt es?“

Viele iranische Migrantinnen und Migranten würden sich gerne mehr engagieren. Damit möchten sie auch ihren Kindern ein gutes Vorbild sein. Doch häufig scheitern die Projekte am fehlenden Budget. Die EU gewährt Projekt-Unterstützungen von bis zu 80 Prozent, die restlichen 20 Prozent müssen die Engagierten aus Eigenmitteln bestreiten. Hier wäre eine übersichtliche Information über weitere Fördermöglichkeiten hilfreich.



ISBN 978-3-86872-663-3